



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald **Extra Juni 2020**

Guten Tag!

Ein Konjunkturprogramm im Umfang von 130 Milliarden Euro soll Deutschland aus der Krise helfen. Die Summe ist enorm, wird manches bewirken und vieles außer Acht lassen. Ob die Reduzierung der Verbrauchssteuer auf 16 Prozent letztendlich zu niedrigeren Verbraucherpreisen führt, muss man abwarten. Wird dies das Konsumverhalten von durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffenen und verunsicherten Menschen ankurbeln? Man darf zweifeln. Nur für 8 % der Bevölkerung ist der staatliche Zuschuss für den Kauf eines Elektroautos ausschlaggebend, was die Hoffnungen der Autolobby sicher nicht befriedigen wird. Auch einmalige Zahlungen an Familien mit Kindern, ohne Prüfung der Bedürftigkeit, werden schnell verpuffen. Richtig, aber zu gering sind die Investitionen für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und die Finanzausstattung unserer Kommunen. Hier vor Ort würde man am ehesten spüren, wenn städtische Anlagen, Gebäude und Sozialeinrichtungen stärker finanziert würden. Die dabei entstehenden Arbeitsplätze kämen unseren Mitmenschen zugute.

Nicht von der Stelle kommt die angekündigte Grundrente. Wenn sie denn einmal beschlossen sein wird, wird sie den Namen nicht mehr verdienen. Sie soll für Rentner gelten, die 33 Jahre in die Rentenversicherung einbezahlt haben. Das bringt ca. 1,3 Mio. Menschen 80 Euro mehr im Monat. Aber 3,1 Mio. Menschen ab 65 Jahren sind armutsgefährdet. Während 45 Deutsche so viel besitzen wie die Hälfte der Bevölkerung, wird die Rechnung für dieses Hilfsprogramm abermals bei der breiten Bevölkerung aufgemacht. Die zehn Prozent der Deutschen, die 60 Prozent des Vermögens ihr Eigen nennen, haben ihr Personal im Bundestag. Vor allem CDU, CSU, FDP und AfD sind Garanten dafür, dass die Steuern für Multimillionäre nicht erhöht werden. So wird die zunehmende Ungleichheit durch die Regierungskoalition billigend in Kauf genommen. Solange die CDU mitregiert, wird es keine Besteuerung von Millionen-Einkommen, -Vermögen und -Erbenschaften geben. Merkel und Scholz machen weiter wie bisher.
R. Weber

**Für gefährlich und teuer halten wir die vorgezogenen
10 Mrd. Euro für Rüstungsgüter, die ebenfalls im
Konjunkturprogramm festgeschrieben sind. Kriegsschiffe und
Kampfdrohnen sind das Letzte was wir brauchen!**

Die Krise heißt Kapitalismus



**Die Reichen müssen zahlen!
Runter mit der Rüstung!**

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail: rfa@mail.de